

# Blickpunkt

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **56 (1976-1977)**

Heft 5

PDF erstellt am: **17.09.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## EIN VATERLAND FÜR DIE MEHRHEIT?

Im Rahmen einer eidgenössischen Expertenkommission beschwor kürzlich ein Vertreter der (nichtgewerkschaftlichen) Linken die bürgerliche Mehrheit, doch seiner Situation vermehrt Rechnung zu tragen und die eine oder andere markante Konzession zuzugestehen, um ihm und seinen Anhängern eine Identifizierung mit dem zur Diskussion stehenden Gesetzeswerk zu ermöglichen. Er begründete dies mit der staatspolitischen Notwendigkeit, die Opposition in grundsätzlichen Fragen nicht weiter in die Isolierung zu treiben, sondern sie im Gegenteil stärker zu integrieren. In der zeitlichen Nähe zum 1. August ist man versucht, seine beschwörenden Worte auf die Formel «Kein Vaterland nur für die bürgerliche Mehrheit» zu bringen.

Damit ist ein Problem berührt, vor das sich der liberale Politiker hierzulande fast laufend gestellt sieht: Wie hoch darf der politische Preis dafür sein, dass wir eine Demokratie der friedlichen Konfliktregelung und nicht der Konfrontation haben? Wie gross ist die ordnungspolitische Toleranzmarge, die es bei aller Bereitschaft zur Konkordanz noch erlaubt, sich selber – das heisst in unserem Falle: den Grundsätzen einer liberalen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung – treu zu bleiben? Auf den ersten Blick ist man geneigt, auf die Tatsache zu verweisen, dass eigentliche ordnungspolitische Diskussionen in unserem Lande höchst selten seien, dass dem Problem also keine

wesentliche Bedeutung zukomme. Bei genauerem Überlegen kommt man dann aber rasch zum Schluss, dass im Grunde fast jeder sogenannte Sachentscheid punktueller Art irgendwo eine ordnungspolitische Dimension hat – wenn auch gewissermassen in homöopathischen Dosen.

Damit aber landet man bei der recht beunruhigenden Schlussfolgerung, dass wir summa summarum sozusagen unvermerkt doch mehr Ordnungspolitik betreiben, als wir wahrhaben wollen – eine Ordnungspolitik allerdings, die sich gewissermassen selbsttätig entwickelt und aus einem Mosaik von Einzelentscheiden im Geiste der Konkordanz besteht, deren Quersumme niemand genau zu bestimmen vermag. Auf die Frage «Wie liberal ist unser Gemeinwesen noch?» ist detaillierte Antwort schwer erhältlich.

Unter diesen Umständen wäre dem eingangs zitierten Vertreter der Linken entgegenzuhalten, dass heutzutage von einem blossen «Vaterland der Mehrheit» nicht ernstlich die Rede sein kann (was auch durch die offiziellen Äusserungen von sozialdemokratischen Magistraten an patriotischen Anlässen unterstrichen wird). Unser System der mehrfach abgestuften Macht und der starken Berücksichtigung von Minderheitsmeinungen bringt offenbar auch das Ideengut der Linken angemessen zum Tragen – nicht in Form einer «Neuen Schweiz», wohl aber in Gestalt ungezählter sozial- und wirt-

schaftspolitischer Kompromisse, wie sie für unsere Politik charakteristisch sind. Offensichtlich ist dies auch der Eindruck der grossen Mehrheit der linken Wählerschaft. Sonst hätten die intellektuellen Puristen und Extremisten in den sozialdemokratischen Kadern eine stärkere Resonanz, als dies bis heute der Fall ist.

So bleibt letzten Endes nicht die Frage nach dem vaterländischen Integrationsgrad der Linken, sondern viel-

mehr jene nach der realen ordnungspolitischen Substanz dieses Gemeinwesens offen. Wir leben in einem politisch-wirtschaftlichen Verbundsystem, dessen Konturen immer undeutlicher werden – Grund genug, um sich einen Ruck zu geben und wieder vermehrt über die ideellen Koordinaten dieses Staates nachzudenken.

*Richard Reich*

## STREIT UM DIE STAATSTREUE

Die grosse Finanzdebatte ist in der Sommersession im Nationalrat über die Bühne gegangen. Sie hat keine Überraschungen gebracht, es sei denn, man wolle die Ansätze zu einer politischen Ausmarchung zwischen «links» und «rechts» in der Eintretensdebatte als solche bezeichnen. Es war das Verdienst von *Nationalrat Hubacher*, agiler Chef der Sozialdemokratischen Partei, die gegensätzlichen Auffassungen klar exponiert zu haben. Sein «kühnes» Wort, dass sich nun zeigen werde, wer sich für oder gegen den Staat Schweiz stelle, versuchte gleichzeitig auch noch die *Verantwortlichkeiten* zu fixieren. Parlamentarier, die vor den Folgen der anhaltenden Ausgabeflut im Bundeshaushalt schon seit langem warnten, die deshalb nicht bereit sind, die Korrektur einseitig auf der Einnahmenseite zu suchen, verwies der zuständige SP-Nationalrat ohne grosses Federlesen in die Gruppe der Staatsgegner. Jenen dagegen, die weiterhin auf Kosten des Steuerzahlers ihre Bereitschaft bekunden, auch in Zukunft mit der grossen finanzpolitischen Kelle an-

zurichten, stellte er grosszügig das Zeugnis aus, zu diesem Staat zu stehen – mithin echte Patrioten zu sein. So einfach liegen hier für die SP die Dinge.

Die SP-Votanten im Nationalrat wurden denn auch nicht müde, das Gespenst der *sozialen Demontage* an die Wand zu malen; und sie forderten übereinstimmend, dass diejenigen, die von Sparen sprechen, genau angeben sollen, *wo* denn nun eigentlich zurückbuchstabiert werden soll. Nun, niemand, der eine diszipliniertere Ausgabenpolitik fordert, meint damit Ausgaben senkung. Gemeint ist vielmehr Bremsung eines zu dynamischen *Ausgabenwachstums*. Gemeint ist eine «konstruktive Konsolidierung», was besagen will, dass das Ausgabenwachstum derart unter Kontrolle gebracht werden soll, dass Steuerzahler und Stimmbürger in unserem Lande das Gefühl haben können, es werde mit ihren Mitteln haushälterisch umgegangen. Der Souverän hat sich in der Abstimmung vom Dezember 1974 sehr deutlich zu einer Politik bekannt, die sich auf eine zurückhaltendere Ausgabenent-

wicklung einstellt. Das damals erteilte Mandat des Souveräns an die Finanzpolitik ist auch heute noch gültig.

Das scheinen die «Expansionisten» offenbar vergessen zu haben. Ironischerweise ist es gerade der SP-Bundesrat Ritschard, der in unserer Koalitionsregierung zusammen mit dem freisinnigen Finanzminister kräftig an den Sparstricken zerrt. Es soll andererseits Bundesräte geben, die ihr Verhalten noch nicht mit der gebotenen Konsequenz auf die finanzpolitischen Imperative eingestellt haben.

Dies ist denn wohl auch der Grund, weshalb sich der Bundesrat in der «Sparpolitik» offensichtlich schwer tut. Wo soll gespart werden? Die Antwort auf diese Frage bedingt nicht in erster Linie einen finanzpolitischen, sondern eben einen *politischen Entscheid*. Das Schauspiel, wie die Verantwortung zum Sparen in den vergangenen Jahren zwischen Parlament und Regierung hin und her geschoben wurde, zeigt sehr deutlich die Schwierigkeiten, die sich einem solchen Unterfangen entgegen-

türmen. Und das Parlament zu Bern hat bereits auch schon einige Male sehr eindrücklich demonstriert, dass es kaum in der Lage ist, auf diesem Gebiete zu substantiellen Ergebnissen zu kommen. Gerade deshalb wäre es aber dringend erwünscht, wenn es dem Bundesrat als Koalitionsregierung gelänge, eine wesentlich klarere finanzpolitische Autorität auszuspielen. Die Ausarbeitung einer Sparkonzeption gehört zu den dringenden Aufgaben.

Für oder gegen den Staat? Der SP-Spiess liesse sich auch umdrehen. Wer eine Ausgabenpolitik fordert, die an den wirtschaftlichen Möglichkeiten und politischen Realitäten vorbeizieht, wird sich nicht wundern dürfen, wenn ihm der Souverän im März des nächsten Jahres wiederum die Gefolgschaft verweigert. Es nützt dann wenig, in Staatsverdrossenheit zu machen; gouverner c'est prévoir – und dazu gehört eine Finanzpolitik, die hellhörig genug ist, um das politisch Mögliche in ihr Kalkül einzubauen.

Willy Linder

*Nicht die Interessen der Industrie, politische Absichten von Staaten oder Städten oder die rauschhaften Wünsche von Zuschauern gefährden auf die Dauer Olympia, sondern die Vorstellung, man könne das temporäre Friedensgebot, das nichts anderes ist als das Sichbeugen unter Spielregeln, ummünzen in eine Vorschule der Völker zum Weltfrieden. Wer das als olympische Idee verkauft, muss Hellas aus seiner Argumentation streichen. Vor allem aber mag er als entschlossener Ideologe gelten, ein Kenner menschlicher Spiele ist er keinesfalls und die spielerischen Griechen haben hier in aller rationalen Kälte gar nicht daran gedacht, etwas so Absurdes auch nur zu versuchen.*

Ursel F. Leue

in: Neue Deutsche Hefte 150, Heft 2/1976